

DISKUSSION ●

Das soziale Europa schaffen!

Positionspapier der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion
zur Europawahl 2009

Berlin, 24. September 2008

 **Parlamentarische Linke**
in der SPD-Bundestagsfraktion



Das soziale Europa schaffen!

I. Europa steht am Scheideweg

- Die Europäische Einigung war, ist und bleibt ein zentrales Ziel für die international ausgerichtete deutsche Sozialdemokratie. Die aktuelle Entwicklung der Europäischen Union gleicht einem Pater Noster. Einerseits ist die Zustimmung in der Bevölkerung - vor allem in und seit der deutschen Ratspräsidentschaft - allgemein gestiegen. Zum anderen werden auch zentrale Projekte in Frage gestellt. Da es keine Alternative zur Europäischen Union gibt, ist das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger für die europäische Idee besonders wichtig.
- Für das Europa im 21. Jahrhundert brauchen wir neue Grundlagen. Deshalb ist der Vertrag von Lissabon für eine friedliche, demokratische, soziale und nachhaltige Entwicklung Europas unverzichtbar. Der Reformvertrag basiert auf einer Initiative der rot-grünen Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder für eine Grundrechtecharta, die in einem Konvent – unter aktiver Beteiligung der Zivilgesellschaften – erarbeitet wurde.
- Das „Nein“ beim Referendum in Irland zum Vertrag von Lissabon hat gezeigt, dass Vorurteile und Ängste vermischt mit unwahren Behauptungen und Emotionen ein explosives Gemisch ergeben können. Zugleich hat die parlamentarische Ratifizierung in 24 der 27 Mitgliedsstaaten deutlich gemacht, dass der europäische Verfassungsbogen von Sozialdemokraten, Grünen, Liberalen und der Mehrheit von Christdemokraten/ Konservativen trägt.
- Die Europäische Union hat sich in den vergangenen Jahrzehnten von einer reinen Wirtschafts- zu einer politischen Gemeinschaft entwickelt. In wichtigen Feldern, z.B. dem Umwelt- und Verbraucherschutz, der gemeinsamen Währung, der Gleichstellung und Antidiskriminierung und auch in einigen Bereichen des Arbeitsrechts (z.B. europäische Betriebsräte) wurde Wegweisendes zustande gebracht. Dennoch ist das „Soziale Europa“ noch weit von dem entfernt, was wir in der Gemeinschaft brauchen und was Sozialdemokraten anstreben.
- Aktuelle Entscheidungen des Europäischen Parlaments zur Dienstleistungsrichtlinie – die von Sozialdemokraten und Gewerkschaften entscheidend verbessert wurde – und umstrittene Urteile des Europäischen Gerichtshofs (Laval, Viking, Rüffert) machen uns bewusst, dass es immer auch auf politische Mehrheiten und handelnde Personen ankommt: So lange in der EU christdemokratisch-konservative und marktliberale Kräfte eine Mehrheit haben ist es schwer, sozialdemokratische Positionen durchzusetzen. Deshalb kommt der Europawahl 2009 eine zentrale strategische Bedeutung zu.
- Der fortschreitende Klimawandel, die Verwerfungen auf den internationalen Finanzmärkten, der sich verschärfende internationale Wettbewerb oder die explodierenden Energiepreise sind nur einige Beispiele für wichtige Herausforderungen, die der politischen Gestaltung durch ein handlungsfähiges Europa bedürfen.





II. Die Globalisierung mit einem sozialen Europa gestalten

- Eine stärkere Integration und nachhaltiger Fortschritt bezüglich der sozialen Dimension Europas muss ein Projekt werden, das den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein Mehr an Sicherheit verspricht und ein europäisches Leitbild von „Guter Arbeit“ entwirft. Das bedeutet zum Beispiel: Ein europäischer Pakt gegen Lohndumping. Europäische Mindestlöhne auf hohem Niveau statt permanenter und subventionierter Lohnkonkurrenz nach unten. Hierzu müssen in allen Mitgliedsländern existenzsichernde gesetzliche oder tarifvertraglich vereinbarte Mindestlohnregelungen gelten. Mindeststandards für Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme statt Sozialdumping im Rahmen eines europäischen „Wettbewerbsföderalismus“.
- Die Abwärtsspirale muss nicht nur bei den Löhnen gestoppt werden, sondern wir brauchen auch europäische Lösungen, um den ruinösen Steuerwettbewerb zu unterbinden. Dazu würden einheitliche Bemessungsgrundlagen sowie Mindestbesteuerung von Unternehmen einen wichtigen Beitrag leisten.
- Das soziale Europa braucht eine aktive Politik für Wachstum und Beschäftigung. Gerade angesichts der am Konjunkturmarsch aufziehenden Wolken muss die EU stärker in der Lage sein, wirksame Impulse zu setzen. Deshalb bedarf es einer verbesserten wachstums- und beschäftigungsorientierten Koordination der Finanz-, Geld- und Wirtschaftspolitik innerhalb der EU. Hierzu gehört ebenfalls, dass die EZB unter Wahrung der Preisstabilität sich auch die Förderung von Wachstum und Beschäftigung zum Ziel setzen muss.
- Das Ziel der Lissabon-Strategie, Europa zur dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsregion der Welt zu entwickeln, bedarf der aktiven Einbindung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dazu braucht Europa eine moderne Mitbestimmung. Sie erhöht die Motivation der Belegschaften und fördert die Innovationsfähigkeit der Unternehmen. Die Wissensgesellschaft ist mehr denn je auf aktive Sozialpartnerschaft angewiesen. Eine wichtige Perspektive ist daher ein europäisches Betriebsverfassungsgesetz.
- Europa darf kein Projekt der blinden Liberalisierung und Deregulierung sein. Dazu müssen den Mitgliedsländern großzügige Rechte zugestanden werden, welche Bereiche und wirtschaftliche Aktivitäten sie der Daseinsvorsorge zurechnen und für diese dementsprechend einen öffentlichen Einfluss reklamieren können. Strukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge, die sich über Jahrzehnte bewährt haben, müssen gestärkt werden, statt sie dem Liberalisierungsdiktat zu unterwerfen. Hierzu gehören z.B. die lokalen Stadtwerke und Sparkassen.
- In Europa befinden sich einige der wichtigsten Finanzplätze der Welt. Hier kann Europa mit einer gewichtigen Stimme sprechen, wenn es darum geht, die notwendigen Konsequenzen aus der Finanzmarktkrise zu ziehen. Europäische Lösungen für eine bessere Kontrolle der Finanzmärkte und ihre stärkere Anbindung an realwirtschaftliche Entwicklungen können wichtige Signalwirkung haben. Wichtige Aufgaben sind in diesem Zusammenhang die stärkere Vernetzung der europäischen Finanz- und Bankenaufsicht, eine wirksamere und einheitlichere Regulierung der Aktivitäten von Hedge- und Private-Equity-Fonds sowie die Entwicklung von Mindeststandards für Vergütungssysteme, die sich wieder stärker am langfristigen Unternehmenserfolg orientieren.



- Die Lösung der weltweiten Klima- und Energieprobleme muss Illusion bleiben, wenn die wichtigsten Industrieregionen der Welt nicht eine aktive Vorreiterrolle übernehmen. Europa muss die Region der Welt werden, die Energie am effizientesten nutzt und Weltmeister beim Einsatz erneuerbarer Energien wird. Dazu muss Europa seine Mittel zur Energieforschung deutlich aufstocken; auch um moderne CO2-arme Kraftwerkstechnologien zur Marktreife zu bringen. In einem modernen Europa hat Atomkraft keinen Platz. Eine moderne Klima- und Energiepolitik ist unverzichtbar, denn diese erfüllt auch wichtige soziale Funktionen.
- Ein soziales Europa muss echte Gleichstellung verwirklichen. Dies heißt zuallererst, das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durchzusetzen. Das heißt aber auch, die eklatante Unterrepräsentation von Frauen in vielen Bereichen der Gesellschaft zu überwinden, insbesondere in der Wirtschaft. Bewährte „best-practice“-Beispiele aus den Mitgliedsstaaten können dafür als Vorbild für gesamt-europäische Lösungen dienen. Beispielhaft dafür könnte die norwegische Regelung für eine Geschlechterquote in Aufsichtsräten sein.

III. Das soziale Europa braucht eine starke Sozialdemokratie

- Das soziale Europa muss erkämpft und erstritten werden. Dafür ist eine europäische Öffentlichkeit erforderlich. Dazu können wir einen Beitrag leisten, indem wir die SPE zu einer echten, klar profilierten Europapartei entwickeln.
- Um als europäische Sozialdemokratie klar erkennbar zu sein, brauchen wir ein europäisches Programm, mit dem wir um die Menschen werben und für ein besseres Europa streiten können.
- Unsere Politik muss durch profilierte europäische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vertreten werden. Nur eine starke europäische Sozialdemokratie ist Garant für ein soziales Europa. Wir wollen der europäischen Sozialdemokratie bei Wahlen ein Gesicht geben, z.B. indem wir einen eigenen Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten wählen.